



Komfortable Ausgangslage: Wiederwahl des Tessiner SP-Staatsrats Manuele Bertoli, 2015.

Die SP: Extrem und erfolgreich

Weshalb die Sozialdemokraten in der Schweiz ihre Positionen durchsetzen und wo sie am wirkungsvollsten politisieren.

Von Andreas Ladner

Wo stehen die Schweizer Parteien im europäischen Vergleich? Wir bekamen Antworten auf diese Frage, als wir 2009 anlässlich der Wahlen zum Europäischen Parlament – im Rahmen des vom Nationalfonds unterstützten Forschungsprojekts National Center of Competence in Research (NCCR) Democracy – in einem internationalen Konsortium an einer Wahlhilfe-Website mitarbeiten konnten. Es ging darum, für sämtliche Länder der EU eine Website (www.euprofiler.eu) zu entwickeln, auf der die Wählenden 28 Fragen zu politi-

schen Einstellungen beantworten konnten, um herauszufinden, welche Partei ihnen politisch am nächsten steht. Die grösste Herausforderung dabei war es, die Antworten der mehr als 250 an den Wahlen teilnehmenden Parteien auf diese Fragen zu codieren. Dies tat ein Team von Forschern des European University Institute in Florenz, und wir wandten dieselbe Methode auf die Schweizer Parteien an.

Natürlich war in der Schweiz als Nicht-EU-Mitglied das Interesse an den Wahlen und an dieser Website praktisch gleich null, aber die Da-

ten zeigten Erstaunliches. Wir fassten es in einer kleinen Publikation zusammen.* Die Schweiz hat unter den untersuchten Ländern das am stärksten polarisierte Parteiensystem, und die SP Schweiz gehört zu den am stärksten links positionierten sozialdemokratischen Parteien. Die SPD steht beispielsweise – wie die Spider-Grafik der Figur 1 zeigt – deutlich weniger links, und zwar sowohl beim Ausbau des Sozialstaats wie auch bezüglich Umweltschutz und liberaler gesellschaftlicher Werte. Diese Haltung wird verkörpert durch Gerhard Schröder, der als «Genos-



se der Bosse» mit Anzug und Krawatte kaum zu den Schweizer SP-Präsidenten der letzten Jahre passt. In Deutschland finden sich die extremeren Positionen der SP Schweiz bei den Grünen und teils bei der Linkspartei, in der Schweiz unterscheiden sich die Interessen der Grünen dagegen kaum von denen der SP.

Bodenmanns Prägung

Diese Unterschiede kannten wir eigentlich von Anekdoten her, doch man ist in den Sozialwissenschaften immer wieder froh, wenn sich Erwartungen auch durch Daten erhärten lassen. Zudem schliesst sich hier die Frage an: Wie passen diese Erkenntnisse zu unserem politischen System und unserer politischen Kultur, wo es ohne Kompromiss und Konsens keine politischen Lösungen gibt und wo konservative und liberal-bürgerliche Werte vorherrschen?

Die Suche nach Antworten führt uns zuerst zu unseren politischen Institutionen. Das Regierungssystem ermöglicht eine klare Positionierung der Parteien. Die Macht ist auf verschiedene Parteien verteilt. Eine Partei muss nicht die Regierung stellen, um die Politik beeinflussen zu können. Es geht auch nicht darum, eine Mehrheit der Wählenden hinter sich zu bringen, auf nationaler Ebene sind 20 bis 25 Prozent bereits ein ausgezeichnetes Ergebnis. Dies erlaubt es den Parteien, sich klarer zu positionieren. Sie müssen sich nicht am Durchschnittswähler ausrichten, der sich in der Mitte des politischen Spektrums befindet.

Konkordanz und direkte Demokratie erfordern zudem das Bilden von politischen Mehrheiten und steigern die Bedeutung von Aushandlungsprozessen. Zeigt man sich in Verhandlungen von Beginn weg kompromissbereit und macht Vorschläge, die nahe bei der Position der Gegenseite liegen, lässt sich kaum etwas herausholen. Da steigt man besser mit Maximalforderungen in den Verhandlungs-

prozess ein und setzt alles daran, dass die Kompromisslösung auf die gewünschte Seite zu liegen kommt.

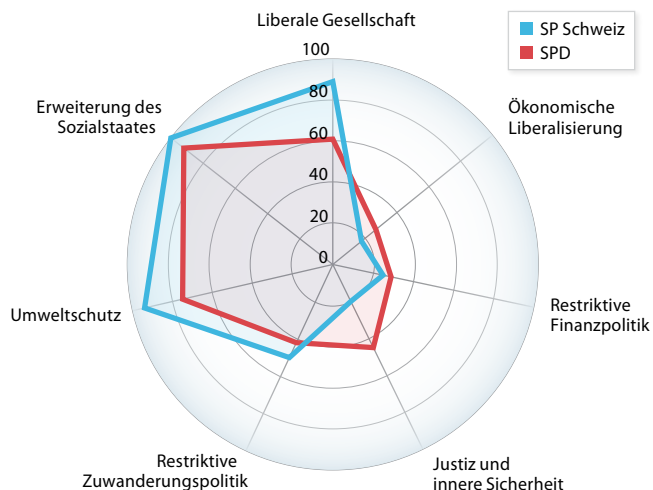
So versteht sich die strategische Linkspolierung der SP, und so arbeitet übrigens auch die SVP, wenn sie Steuerreduktionen und Budgetkürzungen fordert oder ihre Position gegenüber der EU festschreibt. Da die beiden wählerstärksten Parteien in der Schweiz politisch weit voneinander entfernt sind, erklärt sich auch die starke Polarisierung des Parteiensystems von selbst.

In der Nachkriegszeit galt das Schweizer Parteiensystem als nicht besonders polarisiert.

Extreme Parteien und polarisierende Positionen waren allerdings nicht immer ein Charakteristikum der Schweizer Politik. In der Nachkriegszeit bis in die 1980er Jahre galt das Schweizer Parteiensystem als nicht besonders polarisiert und die SP als deutlich gemässiger; davon zeugten nicht zuletzt die damals stärkeren Parteien links der SP. Damit ist zugleich gesagt, dass die politischen Institutionen nicht allein verantwortlich für die Positionierung der Parteien und die Polarisierung des Parteiensystems sind, es bleibt Raum für Akteure und Strategien.

In der Schweiz hat der Gang durch die Institutionen von Exponenten der extremen Linken und die Integration der neuen sozialen Bewegungen mit ihren Anliegen zu einer Blutauffrischung und einem Linkstrend innerhalb der SP geführt. Strategisch gefestigt wurde die Position durch Peter Bodenmann, für den es links der SP nur noch die Wüste gab und der grossen Wert auf eine strategisch geschickte Positionierung mit Blick auf die politischen Aushandlungsprozesse legte. Ganz ähnlich

Das politische Profil von SP Schweiz und SPD (EU-Profiler, 2009)

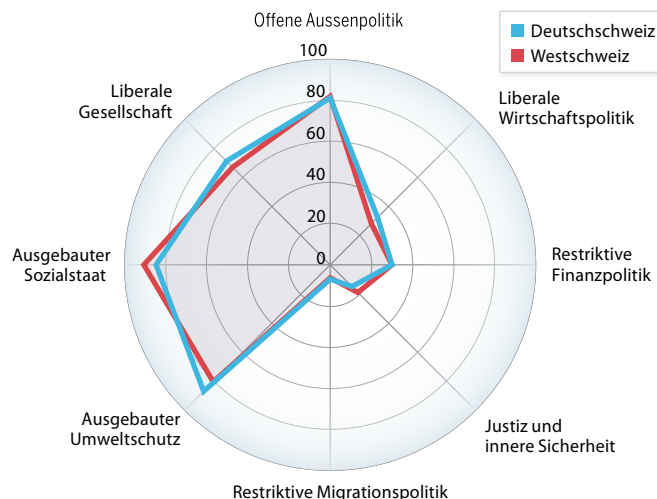


QUELLE: LADNER ET AL., 2009

Die deutschen Sozialdemokraten stehen weniger links.

Das politische Profil der SP-Kandidaten

Deutsch- und Westschweiz (Nationalratswahlen 2011)



QUELLE: SMARTVOTE NR-WAHLN 2011

Grosse Homogenität von Deutsch- und Westschweizer SP-Politikern.

präsentierte sich die Situation auf der Rechten. Dort sorgte Christoph Blocher für eine entsprechende Aufstellung der SVP.

Kein Röstigraben in der SP

Einen weiteren Beleg dafür, dass die Polarisierung von der Gesamtheit der Akteure und ihren Strategien beeinflusst wird und nicht einfach durch die politischen Institutionen determiniert ist, bietet der Blick auf Gemeinsamkeiten und Unterschiede zwischen den Landesteilen. In Volksabstimmungen schneiden linke Vorlagen in der Westschweiz in der Regel besser ab, dies vermeintlich deshalb, weil die SP in der Westschweiz eine stramme Linkspolitik mit gewerkschaftlichem Touch betreibt, während die SP in der Deutschschweiz eher gemässigt und an neuen, liberalen Lebenswerten orientiert ist.

Ein Vergleich der Positionen der Kandidierenden der SP auf Smartvote anlässlich der Nationalratswahlen von 2011 in der Deutschschweiz und in der Westschweiz bestätigt diese Unterschiede aber höchstens in Nuancen (vgl. Figur 2). Insgesamt herrscht eine ausgesprochen grosse Homogenität – man ist versucht, zu vermuten, dass die Parteileitung die Antworten der Kandidierenden vorgab. Dass die Westschweiz in Abstimmungen und der Wahrnehmung politisch nach links neigt, hat eine andere Ursache: Es sind FDP, CVP und SVP, die im Spiegelbild ihrer Kandidierenden in der Westschweiz stärker nach links tendieren (vgl. Figur 3). Innerhalb der SP gibt es keinen Röstigraben, es sind die Stimmberechtigten in der Westschweiz, die die Welt etwas anders sehen.

Das Ausmass der Polarisierung und die Positionierung der Parteien sind also nicht in Stein gemeisselt. Es gibt Phasen, in denen das Parteiensystem auseinanderdriftet, und Phasen, in denen es sich in der Mitte zusammenzieht. Parteien positionieren sich extremer oder gemässiger, letztlich entscheiden die Wähler-

den, welche Positionen überzeugen. Die Gefahr einer allzu extremen Positionierung ist allerdings, dass man von den breiteren Massen mit der Zeit als zu radikal und nicht mehr lösungsorientiert wahrgenommen wird.

Ewig kann man Probleme nicht als gravierend darstellen, wenn sie in Wirklichkeit relativ klein sind, und man kann mit den Forderungen nicht immer über das Mögliche und Wünschbare hinausschiessen. Zudem steuert der moderne Wähler heute die Politik strategisch. Man gibt im Wissen um die Verhandlungsmechanik in Bern Gegensteuer, wenn einem der Kurs nicht gefällt, und unterstützt Positionen, die zu wenig Gehör finden.

Wird die Zuwanderung als Problem wahrgenommen, dann profitiert die SVP, befürchtet man einen Abbau der Sozialleistungen, nützt das der SP. Dabei verschreibt man sich nicht mit vollem Herzen einer Partei. Das macht es für die Parteien schwieriger, weil sie über eine kleinere Stammwählerschaft verfügen und grösseren Schwankungen unterliegen.

Wie lange kann die SP an ihren linken Positionen festhalten und Forderungen aufstellen?

Die entscheidenden Fragen für die SP lauten: Wie lange kann sie an ihren linken Positionen festhalten und Forderungen aufstellen, die eher an das gute Gewissen ihrer Anhänger appellieren und weniger deren konkreten Lebensformen und direkten Interessen entsprechen? Beispielhaft hierfür sind etwa die Auseinandersetzungen um die Höhe der Untergrenze bei einer allfälligen Reichtumssteuer oder die Liberalisierung der Ladenöffnungszeiten. Oder: Wie lange kann sie ohne Schaden Initiativen lancieren oder unterstützen, die kaum eine Zustimmung erreichen, die ihrem Wählerstimmenan-

teil entspricht? Lediglich das Gegenwicht zu einer nach rechts tendierenden Politik zu markieren, kann auf die Dauer nicht ausreichen.

Die Krux der Politik ist, dass es leichter fällt, Engagement und Positionen mit Mängeln, Problemen und Gefahren zu begründen. So etwa im Stil von: «Ohne uns wird es immer schlimmer», «Das Erreichte darf auf keinen Fall preisgegeben werden», oder: «Wehret den Anfängen!». Dabei müsste eigentlich der Leistungsausweis einer Partei beim Gestalten der Politik in den Vordergrund gestellt werden. Insgesamt ist es der Linken in der Schweiz nämlich erstaunlich gut gelungen, aus einer Minderheitsposition die Politik in ihrem Sinn zu beeinflussen.

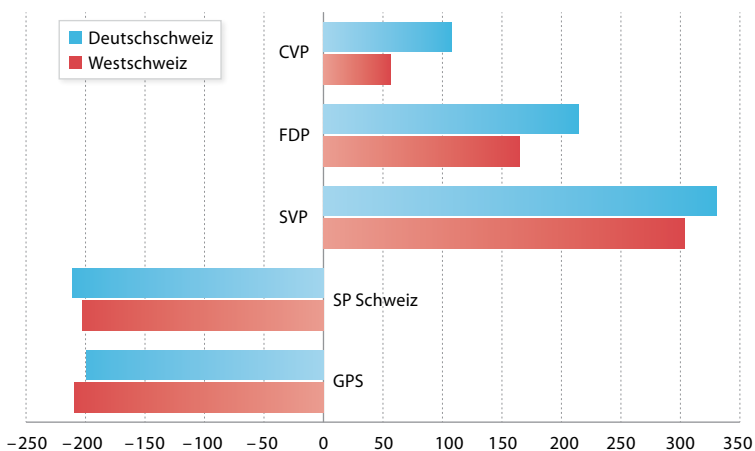
Vernunft des Faktischen

So sind etwa die klassischen Risiken wie Alter, Invalidität und Arbeitslosigkeit ausgesprochen gut abgesichert, Defizite gibt es nur bei den neuen Risiken (Vereinbarkeit von Familie und Berufsleben, ausserfamiliären Formen des Zusammenlebens, inadäquate Ausbildung), deren Absicherung aber insgesamt umstrittener ist. Das Gesundheitssystem ist zwar teuer, der Zugang zu hochwertigen Leistungen steht jedoch allen offen, und es bestehen kaum Engpässe und Wartezeiten. Auch das Bildungssystem ist erfolgreich und verhältnismässig egalitär. Und schliesslich haben wir einen leistungsfähigen Staatssektor, für den Nachhaltigkeit und Sozial- und Umweltverträglichkeit keine Fremdwörter sind.

Von Interesse ist natürlich, wie es der Linken gelungen ist, politische Programme durchzusetzen, die den Lösungen vergleichbarer Länder, in denen sozialdemokratische Regierungen über Jahrzehnte die Politik dominierten, praktisch ebenbürtig sind. Vielleicht ist es die Vernunft des Faktischen, gepaart mit dem relativen Wohlstand des Landes, die zu solchen Lösungen geführt hat – für die auch die

Positionierung der Kandidaten der fünf grössten Parteien

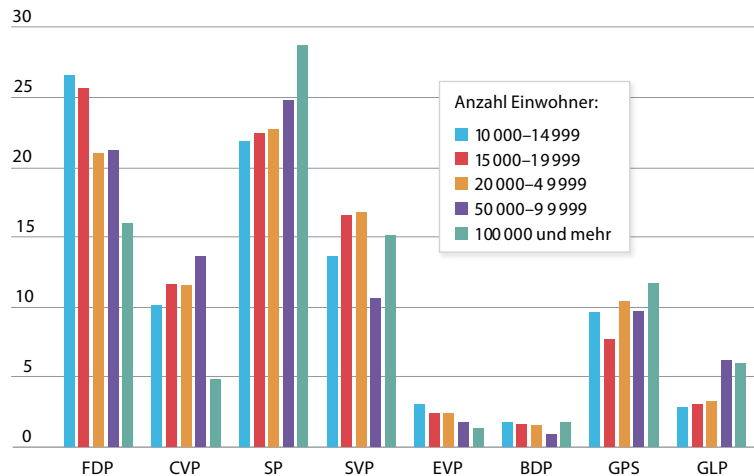
In der Deutsch- und Westschweiz auf der Links-rechts-Achse (Nationalratswahlen 2011)



QUELLE: SMARTVOTE NR-WAHLEN 2011

Anzahl Sitze der Parteien in den Schweizer Städten

Sitze nach Gemeindegrösse



QUELLE: STATISTIK DER SCHWEIZER STÄDTE, 2014

In der Romandie sind Bürgerliche weniger rechts als in der Deutschschweiz.

In Gemeinden ab 20 000 Einwohnern dominiert die SP deutlich.



Im europäischen Vergleich stark links: Erbschaftssteuer-Initiative mit SP-Beteiligung, 2013.

Politik nicht alleine verantwortlich ist –, sicher aber braucht es in der Schweiz ein geschicktes Zusammenarbeiten mit den anderen Parteien und kompetente Politikerinnen und Politiker. Es fällt auf, dass für zahlreiche SP-Politikerinnen und -Politiker die politische Arbeit nicht eine Phase in ihrer Karriere, sondern ihr Lebensinhalt ist – Politik als Beruf und aus Berufung. Und in vielen Fragen sind die Differenzen in der konkreten Ausgestaltung geringer, als sie in den Grundsatzdebatten erscheinen.

Rote Städte

Der grösste Erfolg der SP – oder vielleicht müsste man hier fairerweise ganz allgemein von den linken Parteien sprechen – findet sich in ihrer Arbeit in den grossen Gemeinden und Städten. Während die ländlichen Gebiete und die vielen kleinen Gemeinden in der Schweiz von den bürgerlichen Parteien insgesamt und teilweise von SVP und CVP alleine geradezu monopolisiert werden, dominiert die Linke die Zentren.

In den Gemeinden mit mehr als 20 000 Einwohnern ist die SP die stärkste Partei in den Parlamenten (vgl. Figur 4). Zählt man dazu noch die Vertreter der Grünen und der linksalternativen Gruppierungen, dann fehlen nur noch ein paar Stimmen aus der Mitte für eine Mehrheit. Und absolut dominant ist das links-grüne Lager in den grössten Städten. In Zürich, Genf, Lausanne, Bern und Basel sind die bürgerlichen Kräfte teilweise schon seit Jahrzehnten in der Minderheit. Zum Erstaunen der Kritiker präsentieren sich diese Städte in internationalen Rankings aber immer wieder auf Spitzenplätzen, die Bewohner haben nicht das Gefühl, dass sie in Steuerhöllen leben, und sie fliehen auch nicht in Massen ins steuergünstigere Umland. Die Wählenden sind offenbar mit den öffentlichen Leistungen zu-

frieden und geniessen Kulturangebot und Lebensqualität, und die Wirtschaft scheint sich mit der Politik arrangiert zu haben. Auch punkto Sicherheit und Integration können sich die Leistungsausweise der Städte durchaus sehen lassen, nicht selten fällt das Polizeidepartement in die Hände eines SP-Mitglieds oder eines Vertreters einer noch weiter links stehenden Partei.

Interessanterweise werden diese Leistungen kaum gewürdigt. Dass dies die politischen Gegner nicht tun, erstaunt nicht, aber auch in den eigenen Reihen werden die Erfolge der linken Exekutivpolitikerinnen und -politiker geradezu verschmäht. Allzu schnell stehen sie unter dem Generalverdacht, die Reinheit der Lehre verraten zu haben, während sie bei FDP und CVP wichtige Aushängeschilder sind. Dabei ist hinreichend bekannt, dass den Positionsbezügen in der parlamentarischen und der öffentlichen Arena und der Exekutivtätigkeit unterschiedliche Logiken zugrunde liegen. Damit die unterschiedlichen Ansprüche in einer Grossstadt unter einen Hut gebracht werden können, braucht es eine gehörige Portion Pragmatismus, und man muss sich auch mit Kreisen arrangieren können, die nicht zur Stammwählerschaft gehören.

So wie die Zentren heute vielfach als Motoren der wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Entwicklung bezeichnet werden, so verfügen sie auch in der Politik über einen beachtlichen Einfluss. Obschon ihnen im Vergleich mit den Kantonen keine angemessene formale Einflussnahme im föderalistischen Staatsaufbau zusteht, gelingt es ihnen, in den sie direkt betreffenden und für sie wichtigen Bereichen – wie etwa Agglomerationsverkehr, Drogenpolitik, Ausländerintegration und Umweltmassnahmen – wichtige Impulse zu

setzen und die Entscheidung in Bern in ihrem Sinn zu gestalten. Damit verstärkt sich auch der Einfluss der Linken auf die Bundespolitik.

Welche Parteien sind in Zukunft gefragt?

Exekutivmitglieder sind für Parteien ein ausgesprochen wichtiges Asset. Sie bringen nicht nur Sichtbarkeit und Kontinuität, Wissen und Geld, sondern vor allem auch Einfluss, und darum geht es in der Politik. Für die Linke ist die Ausgangslage komfortabel. Sollte die prononciert linke Politik der SP in der Öffentlichkeit einmal an Strahlkraft verlieren, so kann sie das Schwergewicht immer noch auf ihr pragmatischeres, aber sehr erfolgreiches zweites Standbein in der Regierungsarbeit verlagern. Dass dieses vor allem in den Zentren steht, macht die Lage doppelt attraktiv. Geht man davon aus, dass sich die Politik in Wellen fortbewegt und dass das Pendel hin und her schwingt, so wäre eigentlich zu erwarten, dass nach einem Vierteljahrhundert plakativer Politik in Zukunft wieder Parteien gefragt sein werden, denen man aufgrund ihrer konstruktiven Lösungen Exekutivverantwortung anvertrauen will. Das würde bedeuten, dass sich die Polparteien wieder gemässiger geben und dass die Polarisierung des Schweizer Parteiensystems zurückgeht.



Andreas Ladner

Der 57-jährige Politologe ist seit Frühjahr 2006 Professor für Schweizerische Verwaltung und institutionelle Politik am IDHEAP, dem Hochschulinstitut für öffentliche Verwaltung der Universität Lausanne.

* Andreas Ladner, Gabriela Felder, Stefani Gerber und Jan Fivaz: «Die politische Positionierung der europäischen Parteien im Vergleich. Eine Analyse der politischen Positionen der europäischen Parteien anlässlich der Wahlen des Europäischen Parlaments 2009 mit besonderer Berücksichtigung der Schweizer Parteien». Chavannes-près-Renens: Cahier de l'IDHEAP, Nr. 252, 2010. ISBN: 978-2-940390-28-1.